

Sozialdemokratische Werte verteidigen – dein Engagement zählt



Den Beginn eines jeden neuen Jahres verbinden wir gern mit der Hoffnung auf Verbesserungen. Leider befinden wir uns in einer schwierigen Zeit mit grossen Herausforderungen im internationalen, aber auch im nationalen Kontext. Die Kriege, der Fokus auf Aufrüstung statt Bildung und Armutsbekämpfung, der Aufschwung der rechten Parteien und die fragwürdige Politik des zukünftigen US-Präsidenten lassen viele Befürchtungen aufkommen. In diesem Kontext wird es zunehmend anspruchsvoller, die sozialdemokratischen Werte in der Politik durchzusetzen, insbesondere auch auf kantonalem Niveau. Im Aargau drohen unter anderem konkret: ein Bildungsabbau, ein weiterer Versuch, die Gesundheits- und Stromversorgung zu privatisieren sowie substanzielle, finanzielle Kürzungen im Bereich Kultur und Umwelt. Um dies zu verhindern, müssen wir als SP immer wieder nach neuen Wegen suchen, die Umsetzung unserer Werte und Überzeugungen voranzubringen.

Ein entscheidender Hebel bleibt die Gemeindepolitik! Gerade in der Schweiz, mit ihrem föderalen System, ist es entscheidend, dass wir als SP einen besonderen Fokus auf die Gemeindeebene richten. Mit deinem Engagement als Gemeinderät:in, Einwohnerrät:in, Kommissionsmitglied oder in anderen Funktionen kannst du Wichtiges bewirken für die Bevölkerung. Auf dieser Ebene kannst du direkt an der Gestaltung des Lebensraums deiner Mitmenschen mitwirken: sei es bei der Schulraumplanung, der Begrünung des öffentlichen Raums, der Förderung der bezahlbaren Kinderbetreuung oder des Wohnraums, der Steuerpolitik und vielem mehr. Vielleicht löst die Idee eines neuen Amtes zunächst Unsicherheit aus. Aber keine Sorge – es gibt immer Kolleg:innen, die bereit sind bei der Einführung zu helfen. Und Neues zu lernen ist doch eine schöne Herausforderung. Also, was hält dich noch zurück? Sprich mit dem Sektionspräsidium und lass dich inspirieren, wie du auf Gemeindeebene aktiv werden kannst!

Nora Langmoen, Co-Präsidentin SP Aargau, Baden



Es wird kein Zuckerschlecken

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
216 · Ausgabe AG · Januar 2025



Von links: Claudia Rohrer, Alain Burger, Mia Jenni, Colette Basler und Rolf Schmid

Im Januar 2025 hat ein neues Präsidium die Leitung der SP-Fraktion im Aargauer Grossen Rat übernommen. Mia Jenni, Alain Burger und Rolf Schmid führen die Fraktion als Trio. Doch wie gelingt sozialdemokratische Politik in einem konservativen Kanton, der mit den letzten Wahlen noch konservativer wurde.

Es wird kein Zuckerschlecken. Die rechtskonservativen Parteien verfügen nun über die absolute Mehrheit im Grossen Rat. Das bedeutet, sie können künftig Vorlagen im Parlament ohne Kompromisse mit anderen Parteien durchsetzen. Dies wird negative Auswirkungen auf viele Menschen im Kanton haben – insbesondere in den Bereichen Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Als Sozialdemokrat:innen werden wir in den nächsten Jahren noch stärker für unsere Werte kämpfen müssen: für eine starke öffentliche Schule, ein bezahlbares Gesundheitswesen, ein faires Steuersystem, echte Gleichstellung, eine menschenwürdige Asylpolitik, nachhaltige Mobilität und eine umweltfreundliche Energieversorgung.

Unser Ziel als neue Fraktionsleitung ist es, die Aargauer Politik weiterhin aktiv mitzugestalten. Dabei setzen wir auf eine klare Strategie und verstärkte Kommunikation. Allianzen über Parteigrenzen hinweg zu schmieden, wird zwar herausfordernd, aber nicht unmöglich sein, wie beispielsweise die Abschaffung der Heiratsstrafe zeigt. In anderen Themen wird es jedoch ohne Referenden und eine breite Mobilisierung der Bevölkerung nicht gehen. Deshalb übernehmen wir die Aufgabe auch zu dritt: Mia Jenni und Alain Burger als Co-Präsidium, Rolf Schmid als Vizepräsident.

Für eine funktionierende Fraktion ist es entscheidend, dass die Leitung souverän durch die Sitzungen führt, Netzwerke mit anderen Frakti-

onen und Parteien aufbaut, die politische Agenda im Blick behält und im richtigen Moment Partei für die Fraktion ergreift. Unsere beiden Vorgängerinnen, Claudia Rohrer und Colette Basler, haben die Fraktion in den vergangenen Jahren mit viel Umsicht und Hingabe, aber auch Freude und Humor geführt. Ihnen beiden möchten wir an dieser Stelle von Herzen für ihren riesigen Einsatz danken.

Als neues Trio in der Fraktionsleitung nehmen wir die Herausforderung an und setzen uns gemeinsam mit einer vielfältigen, starken und hochmotivierten SP-Fraktion dafür ein, dass der Aargau auch in Zukunft ein Kanton für alle statt für wenige bleibt.

Rolf Schmid, Mia Jenni und Alain Burger, Präsidium der SP-Fraktion

Standesinitiative Industriepolitik oder was uns Stahl Gerlafingen lehrt



Lange galt der Aargau als einer DER Industriekantone. Die vergangenen Jahre aber waren geprägt durch Stellenabbau und die Schliessung bedeutender Industriewerke. Die Frage war und bleibt, ob dies nicht verhinderbar gewesen wäre. Ob wir gezwungen sind, von der Seitenlinie aus zuzuschauen. Stahl Gerlafingen zeigt nun, es geht auch anders. Als die Schliessung einer der nachhaltigsten Kreislaufwirtschaftsbetriebe verkündet wurde, standen alle auf, Arbeitende, Gewerkschaften, Bundespolitiker:innen und der Klimastreik. Mit dieser Schliessung würde man den wichtigen Player im Sekundärsektor für immer verlieren. Der Druck von der Strasse musste deshalb auch in Parlamente übertragen werden, denn Gerlafingen steht für eine unfassbare Lücke der Bundespolitik: Die Schweiz kennt keine Industriepolitik. Untragbar in Zeiten der instabilen Lieferketten und der riesigen Herausforderungen der Klimakrise, die kurze Wege und Kreislaufwirtschaften erfordert.

Deshalb forderte die SP-Fraktion im Grossen Rat via Standesinitiative endlich eine ebensolche nachhaltige Politik für Planet und Arbeitende. Denn nicht nur die Banken sind zu retten, sondern auch der Industriesektor, der für unsere Wirtschaft unabdingbar ist. Leider war der Rat nicht bereit, unserer weitsichtigen Forderung zu folgen. Gut ist, dass sich auf Bundesebene dennoch einiges tut. Vergangene Session wurden zeitlich beschränkte Massnahmen zum Erhalt von Gerlafingen und ähnlichen Werken beschlossen. Das ist ein erster, wichtiger Schritt. Nun braucht es weiterhin Engagement für langfristige Lösungen. Für eine Industriepolitik, die für Zukunft sorgt. Wir bleiben dran.

Mia Jenni, Co-Fraktionspräsidentin SP Aargau, Obersiggenthal

ALAN – die Wiederkehr der Spargeister

Der Kanton Aargau scheint einmal mehr von der Nostalgie für den Rotstift gepackt zu sein. Trotz einer vollen Ausgleichsreserve von über einer Milliarde Franken und völliger Schuldenfreiheit startet der Regierungsrat unter dem klingenden Namen ALAN eine «Aufgaben- und Leistungsanalyse».



Carol Demarmels,
Grossrätin SP Aargau,
Obersiggenthal

Offiziell kein Sparprogramm, wie beteuert wird. Doch wenn es aussieht wie ein Sparprogramm, klingt wie ein Sparprogramm und riecht wie ein Sparprogramm, erinnert es stark an frühere Massnahmenprogramme, bei denen vor allem Bildung, Pflege und Soziales von Kürzungen betroffen waren.



190 Sparideen: Ein Déjà-vu?

Bereits 2015 entwickelte der Regierungsrat im Rahmen einer Leistungsanalyse 190 Sparideen, die als Grundlage für weitreichende Einsparungen dienen sollten. Nicht alle wurden umgesetzt, einige mit einem deutlichen Nein-zum-Kahlschlag durch das Volk abgewehrt. Aber die Auswirkungen der realisierten Massnahmen sind bis heute deutlich spürbar: Einsparungen, die vor allem die Bildung, Pflege und Soziales trafen. Die über Jahre hinweg vollzogenen Sparprogramme hinterliessen nachhaltige Spuren bei den Betroffenen und führten zu einer Unterfinanzierung in zentralen Bereichen.

Sozialdemokratische Gegenoffensive: Für Fairness statt Rotstift

ALAN mag behaupten, kein Sparprogramm zu sein, doch die Vorgehensweise ist verdächtig: Man sucht nach vermeintlich hohen Kosten, ohne die Bereiche zu beachten, die im interkantonalen Vergleich unterfinanziert sind. So kann der Aargau weder bei den

Stipendien noch bei den Prämienverbilligungen und der Kinderbetreuungsfinanzierung interkantonal mithalten. Beim Verpflegungsgeld für Geflüchtete bildet er sogar das Schlusslicht.

Die SP-Fraktion hat genug von diesem Spiel. Mit Interpellation und Motion fordert sie, dass ALAN nicht nur den Fokus auf überdurchschnittliche Ausgaben richtet, sondern endlich auch die unterfinanzierten Bereiche ins Visier nimmt. Ein schuldenfreier Kanton mit prallen Reserven hat genug Mittel für Investitionen in Bildung, Pflege und soziale Sicherheit.

Sparen für Steuergeschenke?

Der wirklich pikante Teil: Während ALAN nach Einsparpotenzialen sucht, werden gleichzeitig Steuergeschenke für Vermögende und Gutverdienende diskutiert. Denn hier stehen gleich dreierlei bürgerliche Wünsche in den kantonalen Startlöchern: Die Steuergesetzrevision 2025 soll Vermögende entlasten, die Steuerrückzahlung bei Überschüssen soll ab sofort Gutverdienenden Geschänkli machen, und mit der Senkung des Kantonssteuerfusses sollen sie noch ein drittes Mal entlastet werden. Nahezu leer ausgehen werden dabei Senior:innen, Menschen mit kleinem Budget und Familien. Einmal mehr Steuermassnahmen auf Kosten der breiten Bevölkerung, während nur eine kleine privilegierte Gruppe profitiert.

Ein Kanton für alle

Der Aargau hat die Mittel, um sozial gerecht zu handeln. Es ist Zeit, den Fokus weg vom Sparen und den Steuergeschenken hin zu Investitionen in Menschen zu lenken. Jetzt ist es an der Zeit, die richtigen Prioritäten zu setzen. Wir werden uns auch in den nächsten vier Jahren trotz erschwelter Bedingungen mit Vehemenz dafür einsetzen: Für einen Kanton Aargau für alle statt für wenige.

**Während ALAN kürzt, profitieren die Reichsten von Steuersenkungen – wir sagen: Nicht mit uns!
In der nächsten LINKS-Ausgabe erfährst du, warum wir das Referendum gegen diese unsoziale Politik ergriffen haben.**

Für alle da, doch selbst im Stich gelassen

Stell dir vor: Eine Pflegefachfrau kommt nach einer endloswirkenden Nachtschicht nach Hause. Ihr Rücken schmerzt, die Füsse sind schwer wie Blei, und ihre Gedanken kreisen noch immer um den Patienten, den sie während ihrer Schicht stabil halten musste. Oder denk an einen jungen Vater, der im technischen Dienst eines Spitals arbeitet. Nachts wird er aus dem Schlaf gerissen, weil eine lebenswichtige Maschine ausgefallen ist. Er steht auf, repariert und sorgt dafür, dass am Morgen alles wieder funktioniert.

Und dann wird diesen Menschen sinngemäss gesagt: «Es gibt keine Lohnerhöhung für euch. Eure Arbeit ist zwar systemrelevant, aber nicht wichtig genug, um sie auch finanziell zu würdigen.»

Trotz allem Einsatz: Kein Dank, keine Anerkennung

Seit Jahren müssen die Mitarbeitenden der Kantonsspitäler im Aargau auf eine angemessene Lohnentwicklung verzichten. Die Lohnverhandlungen für das Jahr 2025 sind erneut gescheitert. Kein zusätzlicher Rappen für alle, die Tag für Tag alles geben, um das Gesundheitswesen am Laufen zu halten – in einer Zeit, in der die Preise für Miete, Lebensmittel und Energie stetig steigen. Gleichzeitig wächst der Druck auf die Mitarbeitenden ins Unermessliche. Die Unternehmensziele werden hochgesteckt. Immer mehr Patientinnen und Patienten sollen in derselben Zeit versorgt und operiert werden. Und doch hat die Leitung der Spitäler entschieden, den Mitarbeitenden die längst fällige Anerkennung zu verweigern.

Diese Entscheidung ist nicht nur ein finanzieller Schlag, sondern ein Schlag ins Gesicht. Es geht nicht bloss ums Geld. Es geht um Respekt, um Wertschätzung, um Gerechtigkeit. Die Menschen, die in den Spitälern arbeiten, sind keine Nummern auf einer Lohnliste. Es sind Mütter und Väter, Söhne und Töchter, die ihre Arbeit mit Hingabe und Herzblut leisten. Sie stehen Tag und Nacht am Bett von Patientinnen und Patienten, beruhigen verzweifelte Angehörige, kümmern sich um Sicherheit und Hygiene, sichern die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur – oft über ihre Belastungsgrenzen hinaus.

Ein Vertrag, der gebrochen wird

Zudem besteht ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV), welcher eine Lohnentwicklung von 1% plus einen aktuellen Teuerungsausgleich vorschreibt. Diese Vereinbarung wird von den Spitälern seit Jahren missachtet, ohne Konsequenzen.

Doch was bleibt den Spitalangestellten? Die bittere Erkenntnis, dass ihre Anstrengungen nicht zählen, wenn es darauf an-

kommt. Dass Zahlen auf einer Bilanz wichtiger sind als ihr täglicher Einsatz. Welche Botschaft sendet das an jene, die überlegen, in den Pflegeberuf einzusteigen? Und an die, die sich trotz der körperlichen und psychischen Belastung dazu entschlossen, im Beruf zu bleiben? Die Antwort ist klar: Ihr seid nicht wichtig genug.

Wer jetzt spart, zerstört die Zukunft

Dabei trägt der Kanton Aargau als Eigentümer der Spitäler die Verantwortung für seine Angestellten. Ein Kanton, der stolz auf sein Gesundheitswesen ist, darf nicht diejenigen vergessen, die es Tag für Tag möglich machen. Die Spitalleitungen und der Kanton müssen handeln. Es braucht keine leeren Worte, sondern Taten. Investitionen in die Menschen, die unser Gesundheitssystem tragen. Denn wer jetzt spart, zerstört das Fundament unserer Spitäler – und damit die Zukunft der Gesundheitsversorgung. Die Annahme der Pflegeinitiative hat gezeigt, wie wichtig der Bevölkerung gute Arbeitsbedingungen in den Spitälern sind.

Jetzt ist die Zeit, hinzuschauen und zu handeln

Es ist Zeit, hinzuschauen. Hinzuschauen auf die Pflegekräfte, die nach einem weiteren Nachtdienst zu müde sind, um mit ihren Kindern zu spielen. Hinzuschauen auf die Bedürfnisse der Reinigungskräfte, die niemand wahrnimmt, obwohl sie Tag für Tag für Hygiene und Sicherheit sorgen. Hinzuschauen auf die jungen Berufseinsteigerinnen und -einsteiger, die sich fragen, ob sie in einem System eine Zukunft haben, das sie scheinbar nicht schätzt.

Lassen wir diese Menschen nicht im Stich. Sie verdienen nicht nur Anerkennung, sondern Respekt – und dieser Respekt zeigt sich auch auf der Lohnabrechnung. Jetzt ist die Zeit, für sie einzustehen. Nicht morgen, nicht nächstes Jahr. Jetzt. Denn ohne sie läuft nichts. Und eines Tages wirst auch du darauf angewiesen sein, dass in unseren Spitälern jemand da ist, der hinschaut, der handelt, der sich kümmert.

Dariusch Pour Mohsen,
Regionalleiter VPOD Aargau/Solothurn, Buchs
Dimitri Spiess,
Pflegefachmann Kantonsspital Aarau, Aarau



Dimitri Spiess, Kantonsspital Aarau

Ein klares JA zur Umweltverantwortungsinitiative



Dass die Umwelt und unser Klima schützenswert sind, schon nur zur Sicherung des menschlichen Lebens und einer globalen Gerechtigkeit, ist unbestreitbar. Daraus geht eine Verantwortung reicher Industrienationen hervor, Massnahmen jeglicher Art gegen die Klimakatastrophe zu ergreifen. Ein möglicher Schritt ist die «Umweltverantwortungsinitiative» der Jungen Grünen, über welche das schweizerische Stimmvolk am 9. Februar 2025 abstimmen wird. Diese fordert eine Ausrichtung unserer Wirtschaft an der Natur – eine intakte Umwelt als Rahmenbedingung für unser gesamtökonomisches Handeln. Mit dieser, zugegeben nicht direkt sozialen, Priorisierung sagt die Initiative dem System der freien Marktwirtschaft trotzdem den Kampf an. Ungebremstes Wachstum und Profit werden nicht länger als gegeben betrachtet, sondern hinterfragt – die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus zur Diskussion gestellt. Damit die Kosten möglicher Massnahmen nicht aufs Portemonnaie der Ärmsten abgewälzt werden, fordern die Jungen Grünen die soziale Verträglichkeit dieser Massnahmen, sowohl im In- als auch im Ausland. Das heisst nichts anderes, als das jene, die die Krisen unserer Natur verursachen, zahlen müssen – der Globale Norden, Superreiche und ihre Konzerne. Die Schweiz, mit ihrem riesigen Finanzplatz und dem Rohstoffhandel von fossilen Energien, spielt hier im globalen Kontext eine zentrale Rolle. Der Hebel ist also gross. Der Aufwand, ein «JA» auf dem Stimmzettel zu platzieren, klein.

Meli Del Fabro, Präsident*in JUSO Aargau

ERNEUERBAR STATT ATOMAR

Tschau AKW Beznau!

Am 20. Dezember 2019 wurde der Betrieb des Atomkraftwerks Mühleberg eingestellt. Fünf Jahre später, am 4. Dezember 2024, verkündete die Axpo, das AKW Beznau 2032 (Block 2) und 2033 (Block 1) vom Netz zu nehmen. Bis dann werden nochmals 350 Millionen Franken in lebensverlängernde Massnahmen investiert, danach ist Schluss.



Max Chopard-Acklin, ehemaliger SP Grossrat und Nationalrat, Nussbaumen

Endlich, nach 64 Betriebsjahren soll das AKW Beznau abgeschaltet werden. Ausgereizt bis zum «länger geht nicht mehr», wie die Axpo selbst an ihrer Pressekonferenz festhielt. Der Abschaltentscheid sei endgültig, verkündete die Axpo. Der Entscheid fiel laut Axpo «unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verantwortung sowie aufgrund von technischen, organisatorischen, regulatorischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.» Den effektiven Ausschlag gegeben haben wohl, wie damals beim AKW Mühleberg, die technischen und wirtschaftlichen Punkte. Die Tatsache, dass nicht alle Elemente eines AKWs erneuert werden können sowie steigende Betriebs- und Unterhaltskosten, sind bekannte Faktoren, welche für alle alternden Atomkraftwerke gelten. Das AKW Beznau stammt aus einer Zeit, als in der Schweiz gerade das Farbfernsehen eingeführt wurde und wir noch keine Mobiltelefone in den Hosentaschen trugen.



Atomkraft ist von gestern

Als in den 60er-Jahren in der Schweiz auf Atomkraft gesetzt wurde, hatte man noch nicht das gleiche Wissen und die gleichen technischen Möglichkeiten wie heute. Nun wissen wir: Atomstrom ist teuer und mit grossen Risiken für Mensch und Umwelt verbunden. Die ganze Kette, vom Uranabbau über die Betriebsrisiken (Tschernobyl und Fukushima) bis zur Entsorgung der verstrahlten Altlast, ist hoch problematisch. Mit dem Atommüll hat es die Menschheit in nur sechs Jahrzehnten geschafft, kommenden Generationen eine milliardenschwere Hochrisikolast für Jahrtausende zu hinterlassen. Statt weiter Atommüll zu produzieren, sollten wir in die Verbesserung der Energieeffizienz und erneuerbare Energien investieren.

Inländische Energie nutzen

Aktuell werden mehr als 70 Prozent der in der Schweiz verbrauchten Energieträger aus dem Ausland importiert. Diese Energieimporte kosteten laut der Schweizerischen Energiestiftung (SES) in den letzten Jahren durchschnittlich acht Milliarden Franken; im Jahr 2022 waren es sogar 13 Milliarden Franken. Vergangene und aktuelle Krisen und Konflikte zeigen uns immer wieder, was diese hohe Auslandsabhängigkeit im Energiebereich bedeutet. Auch beim Uran sind wir, wie beim Erdöl und Erdgas, zu 100% Prozent vom Ausland abhängig. Die Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien aus Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse sowie die Optimierung der Nutzung von Energie aus der thermischen Verwertung von Abfällen oder der Abwärme aus industriellen Prozessen hingegen tragen dazu bei, dass wir unabhängiger werden, den Ressourcenverbrauch schonen und die Wertschöpfung im eigenen Land erhöhen.

Gemäss Swissolar betrug der Anteil des Solarstroms in der Schweiz 2024 rund zehn Prozent. Dies ist bereits doppelt so viel, wie der damalige Stromanteil des stillgelegten AKW Mühleberg betrug. Die Energiezukunft ist erneuerbar.

Die AXPO – das Klumpenrisiko des Aargaus

28 % der Axpo gehören dem Aargau. Vor 2 Jahren musste der Bund die Axpo mit 4 Mia. CHF retten. 2022 machte die Axpo 3,15 Mia. CHF Verlust – hat diesen aber vertuscht. Für das Jahr 2024 erhält der CEO 1,8 Mio. CHF Lohn und Bonus. Die rund 50 Axpo-Händler sollen je bis 9 Mio. CHF Boni erhalten. Die Politiker:innen schäumen. Dabei könnten sie das längst ändern, denn Aargau (28 %) und Zürich (37 %) besitzen die Mehrheit. Aber die Bürgerlichen wollen lieber ihre neo-liberale Politik retten.



Leo Keller, Präsident
Fachausschuss Energie
und Klima, Aarau

Die Axpo gerät immer wieder in die Schlagzeilen. Zuletzt wegen des Bonus des CEO: 1,8 Mio. CHF für das vergangene Jahr. Das war auch unserem Regierungsrat Attiger zu viel. Dass die Stromhändler das Mehrfache beziehen, kümmert ihn aber nicht. Dass die gleiche Abteilung vor 2 Jahren einen operativen Verlust von 3,15 Mia. CHF zu verantworten hatte, wurde geflissentlich verschwiegen. Auch die Rettung der Axpo im September 2022, als der Bund über Nacht 4 Mia. CHF Sicherheitskredite sprechen musste, beschäftigte die Politik kaum. Sie liess sich 2023 mit inhaltsleeren Zusammenfassungen abspesen – die richtigen Analysen durften die Eigentümer (Regierungsräte von AG, ZH, SG, SH, TG, GL, ZG) nicht mal «einsehen» – «Betriebsgeheimnis einer AG» wurde moniert.

Das Hauptproblem: Die Axpo, die pro Jahr für ca. 1,5 Mia. CHF Strom produziert, ist längst ein internationaler Stromhändler geworden, der rund 20–30-mal mehr Strom kauft und verkauft. Die Axpo sitzt in 30 Ländern, inkl. USA und Singapur, und handelt in über 40 Ländern mit Strom. Domenico de Luca, der Chef der Handelssparte, versteht sich als «Strom-Investmentbanker». Er formulierte das mal ganz offen: «Für mich liegt unser Vorteil als Axpo-Gruppe darin, dass wir in der Lage sind, langfristige Risiken zu übernehmen.» Das liegt auch daran, dass die Axpo eine unausgesproche-

ne Staatsgarantie hat und selbst Strom produziert. Nur: Die Eigentümer:innen haben das gar nie so beschlossen. Das wurde 2011 – 10 Jahre nach der Neo-Liberalisierung – vom VR der Axpo beschlossen, als sie die EG Laufenburg kauften – und damit das internationale Handelsgeschäft. Heute verschafft es der Axpo tolle Boni – manchmal Gewinne in die Staatskassen aber vor allem Risiken, die die Eigentümer gar nicht tragen können.

Das müssen der Aargau und Zürich zusammen endlich tun

1. Die Eigentümerstrategie jetzt darauf fokussieren, wozu die Verfassung sie verpflichtet: die Stromversorgung sicherstellen – und nicht Gewinn maximieren und hohe Risiken eingehen.
2. Die alten Verwaltungsräte austauschen und die kompetenten neuen mit einem klaren, bindenden Mandatsvertrag ausstatten.
3. Die Axpo muss den neuen gesetzlichen Auftrag (Stromgesetz 69% JA) konsequent umsetzen und bis 2050 14 TWh PV-Strom und 2,4 TWh Windstrom produzieren und so ihren Beitrag zur Stromversorgungssicherheit leisten.
4. Die hochspekulative «Handelsabteilung» muss so schnell wie möglich verkauft werden, sodass die Kantone spätestens 2026 keine Finanzrisiken mehr tragen müssen.

Bis 2035 muss die Axpo den Ausbau von PV, Windenergie und Stromspeichern konsequent vorantreiben und die massiven Risiken im Stromhandel radikal reduzieren.

Dem Rechtsrutsch entgegentreten



Der Rechtsrutsch in der Schweiz und im Kanton Aargau ist alarmierend. Rechtsbürgerliche Parteien gewinnen weltweit mit populistischen Angstkampagnen und vereinfachten Scheinlösungen an Boden. Ihre Politik gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und schadet besonders jenen, die auf Solidarität angewiesen sind.

Die Folgen des Rechtsrucks sind absehbar: Abbaumassnahmen im Sozialbereich, eine lasche Klimapolitik und Angriffe auf die Rechte von Minderheiten. Besonders im Aargau drohen dank der rechtsliberalen Marktgläubigkeit Privatisierungen und eine Schwächung des Service public. Gleichzeitig verschärft sich die soziale Ungleichheit, während dringend nötige Investitionen in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz ausbleiben.

Die SP Aargau hat die besseren Alternativen: bezahlbarer Wohnraum, faire Löhne und familienfreundliche Strukturen. Wir verbinden Klimaschutz mit sozialem Ausgleich – etwa durch nachhaltige Mobilität und den Ausbau erneuerbarer Energien, die für alle zugänglich sind.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern, Gewerkschaften und progressiven Bündnispartnern setzen wir uns ein für eine Politik, die die Interessen der breiten Bevölkerung und nicht jene der Privilegierten und Mächtigen in den Vordergrund stellt. Wir setzen auf Dialog, Solidarität und den Mut, unpopuläre, aber notwendige Positionen zu vertreten.

Der Kampf gegen den Rechtsrutsch ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Aber mit Entschlossenheit und einem starken Engagement bringen wir den Aargau wieder auf Kurs.

Stefan Dietrich, Co-Präsident SP Aargau,
Bremgarten

GEMEINSAM GEGEN ARMUT
IM AARGAU:

Warum sich kämpfen lohnt



Die Nachfrage nach Unterstützung bei Sozialberatungsstellen der Caritas Aargau ist anhaltend hoch. 2024 suchten wiederum über 3500 Menschen Hilfe. In die freiwillige Sozialberatung kommen Menschen, die nicht mehr wissen, wohin sie sich wenden können. Sie kommen, weil sie mit der Bürokratie überfordert sind, weil das Geld nach dem Bezahlen der Rechnungen nicht mehr für Essen reicht, geschweige denn für Weihnachtsgeschenke für die Kinder. Sie kommen, weil sie Angst haben, Sozialhilfe zu beantragen, aus Furcht vor Konsequenzen für ihre Aufenthaltsbewilligung. Lieber leben sie unter menschenunwürdigen Umständen. Die Menschen kommen, weil sie von einer Behörde zur nächsten geschickt werden und niemand Verantwortung übernehmen will. Sie kommen, weil die Hürden zu hoch sind, um gesetzlich zustehende Leistungen zu beantragen. Oder weil diese unrechtmässig abgelehnt werden und die Menschen nicht wissen, dass und wie sie sich wehren können. Vor allem aber kommen sie, weil sie jemanden suchen, der zuhört und sie ernst nimmt. Diese Menschen fallen durch die Lücken eines Systems, das zu oft versagt. Für sie braucht es eine Politik, die hinschaut, handelt und Lösungen schafft. Dass es sich lohnt zu kämpfen, zeigt sich daran, dass nun endlich ein Armutsmonitoring eingeführt wird. Damit Entwicklungen, wie die sinkende Sozialhilfequote bei wachsender Bevölkerung und zunehmender Anzahl armutsgefährdeter Menschen in der Schweiz, richtig interpretiert werden. Und damit gezielt Massnahmen ergriffen werden können gegen die Armut im Kanton. Ein wichtiger, erster Schritt. Der Kampf für einen sozialen Aargau wird nicht einfacher. Aber er lohnt sich für jeden einzelnen kleinen Erfolg.

Annick Grand, Co-Bereichsleitung
Kirchlische Regionale Sozialdienste, Caritas Aargau,
Wettingen

Mit Armutspolitik Ungerechtigkeit beseitigen



Elisabeth Burgener,
Präsidentin Caritas Aargau,
ehemalige Grossrätin /
Grossratspräsidentin,
Gipf-Oberfrick

11. November 2024: Der Regierungsrat teilt mit, dass es – trotz schuldenfrei und nahezu einer Milliarde Franken in der Ausgleichsreserve – eine Aufgaben- und Leistungsanalyse geben wird. Die SP Aargau kritisiert diese angekündigte Analyse, die an frühere Sparpakete erinnert und fordert eine Investitionspolitik für die Bevölkerung und für einen sozialen Ausgleich.

20. Dezember 2024: Der Regierungsrat lehnt die Einführung von Familienergänzungsleistungen ab, auch mit der Begründung, dass deren Einführung mit geschätzten Mehrkosten in der Höhe von rund 25 bis 35 Millionen Franken pro Jahr verbunden ist und nur begrenzt zur Einsparung bei der Sozialhilfe führen würde.

Das ist Sozialpolitik im Kanton Aargau

Zum Glück aber gibt es die SP. Als die treibende Kraft spiegelt sie unermüdlich dem Parlament und der Regierung ihre soziale Verantwortung und kämpft für soziale Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenwürde. Dank der SP bleibt Sozialpolitik sichtbar und auf der politischen Agenda. Dafür möchte ich mich – auch als Präsidentin der Caritas Aargau – herzlich bedanken.

Die Zahl der Beratungen unserer regionalen Caritas-Sozialdienste war letztes Jahr so hoch wie nie, und wir kommen nicht drum herum, uns – in unserem reichen Land – mit dem Thema «Armut» auseinanderzusetzen. Armut bei uns bedeutet zunehmend, dass das Geld trotz Arbeit und durch den Rückgang der Kaufkraft nicht mehr reicht und dadurch die psychische und physische Gesundheit durch Angst, Ausschluss, Perspektivenlosigkeit und Krankheit betroffen ist. Es ist eine immer grösser werdende Gruppe von Menschen, nicht unterstützt durch die Sozialhilfe, die in den letzten 20 Jahren von

8 auf 15 Prozent gestiegen ist. Betroffen sind zunehmend Familien aus der unteren Mittelschicht.

Welches sind im Aargau wichtige Themen zur Bekämpfung des Armutsrisikos?

Es sind dies die Zugänglichkeit der Prämienverbilligung, die fehlende Frühförderung der Kinder, Familienergänzungsleistungen, eine bezahlbare und öffentliche Kinderbetreuung, einheitliche Mietzinsrichtlinien und eine Sozialplanung mit einer Armutsstrategie.



Armutspolitik im Kanton Aargau muss Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen sein, mit dem Ziel, strukturelle Ungerechtigkeiten – was insbesondere in einer wohlhabenden Gesellschaft besonders stossend ist – zu beseitigen. Die Balance zwischen sozialer Solidarität, individueller Freiheit und Verantwortung erfordert eine reflektierte Politik, die nicht nur Symptome lindert, sondern die Ursachen von Armut nachhaltig bekämpft. Das geht neben dem Engagement der NGOs und der Zivilgesellschaft nicht ohne die Politik und die Parteien.

Limmattalbahn nach Baden – ein städtebaulicher Input

In der Agglomeration Baden wird die Verkehrspolitik weiterhin ein zentrales Thema bleiben, da die zukünftige Verkehrs- und Siedlungsentwicklung geordnet verlaufen muss. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Frage, wie künftige Verkehrsströme – vom Langsamverkehr über den motorisierten Individualverkehr bis hin zum öffentlichen Nahverkehr – effektiv bewältigt werden können.



Manuel Fischer,
SP Spreitenbach,
Killwangen

2021 wurde ein regionales Gesamtverkehrskonzept (GVK) lanciert, das sich mit der Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs und der Frage befasst, welche Hauptkorridore für die Zukunft entwicklungsfähig sind. Der Prognosehorizont reicht bis 2040, wobei bereits jetzt festgestellt wird, dass das bestehende ÖV-System hinsichtlich Kapazität und Zuverlässigkeit an seine Grenzen stösst.

In den dicht besiedelten Gemeinden der Region, die weiterhin wachsen werden, stellen sich dringende Fragen: Wie sollen die Verkehrsströme zukünftig geführt werden? Braucht es eine stärkere Eigentrassierung für öffentliche Verkehrsmittel wie Bus und Tram? Wo ist eine Spurrückbildung für den Individualverkehr realistisch, um den ÖV zu bevorzugen? In topografisch komplexen Gebieten wie Baden-Wettingen sind diese Fragen besonders herausfordernd.

Oft kommt die Frage zu kurz, wie sich die Region Baden-Wettingen in den kommenden zwanzig Jahren entwickeln wird.

Diskussionen über die zukünftige Verkehrsinfrastruktur sind unvermeidlich. Oft kommt dabei die Frage zu kurz, wie sich die

Region Baden-Wettingen in den kommenden 20 Jahren entwickeln wird – eine Perspektive, die jedoch entscheidend ist. Daher berücksichtigt das GVK bereits planerisch absehbare Siedlungsentwicklungen. Konkret bietet das Gebiet Tägerhard im Südosten von Wettingen noch Baulandreserven. Vor diesem Hintergrund hat der Grosse Rat im September 2020 mit deutlicher Mehrheit die Weiterführung der Limmattalbahn (LTB) von Killwangen via Tägerhard nach Baden in den kantonalen Richtplan aufgenommen.

Ein Blick auf die bisherigen Erfahrungen mit der LTB zeigt positive Ergebnisse: Seit ihrer Inbetriebnahme hat die Bahn mehr als 2 Millionen Fahrgäste zusätzlich gewonnen, was einem Anstieg von über 20 Prozent im Vergleich zum früheren Busbetrieb entspricht. Besonders auffällig ist der Anstieg der Fahrgastzahlen bei der Haltestelle «Spreitenbach-Shoppi-Tivoli», die nun die viertmeist frequentierte Haltestelle auf der Linie ist. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Parkplätze, was zeigt, dass immer mehr Menschen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen.

Experten der AVA, der Betreibergesellschaft der LTB, betonen, dass die Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln schwer abzuschätzen ist. Sie wird jedoch zweifellos weiter steigen, insbesondere mit der Eröffnung neuer Wohnsiedlungen wie dem «Tivoli-Garten» in Spreitenbach, in dem 1000 neue Bewohner erwartet werden – viele von ihnen werden auf ein eigenes Auto verzichten.

Die Erweiterung der Limmattalbahn bis zum Bahnhof Baden bleibt deshalb eine wichtige verkehrspolitische Option für das urbane Limmattal. Sie ist ein Schlüsselprojekt für die langfristige Entwicklung der Region und sollte daher in der politischen Agenda weiterhin «top of mind» bleiben.

Aargauer Verkehrspolitik – quo vadis?



Gemäss dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt steht «Mobilität» direkt für Lebensqualität. Es wird suggeriert, dass internationale Erreichbarkeit ein wichtiger Standortvorteil sei und der Aargau dafür als «Verkehrskanton» wirken muss – koste es was es wolle. Basis der Verkehrspolitik ist die Strategie «mobilitätAARGAU» von 2016, die eine Gesamtverkehrsplanung und -angebot verfolgt.



In Wirklichkeit liegt die primäre Stossrichtung im Bau von Strassen und der Förderung des Individualverkehrs. Die Strassenkasse ist voll. Im Aargau sind viele Grossprojekte mit Totalkosten im Milliardenbereich in Planung/Ausführung. Man will für Regionen schnellere «Abflüsse» zur Autobahn erreichen, Umfahrungen bauen oder Regionen – sogar ausländische Grenzgebiete – an die Autobahn «anbinden». Dafür sind keine Kosten zu hoch und kein Land schützenswert genug. Landschaft zu Beton ist die Folge – mehr Verkehr und Belastung für die Bevölkerung. Bei der Förderung des öffentlichen Verkehrs (ÖV) wird dagegen primär auf die Kosten geschaut. Bessere Bahn- und Busverbindungen sollen rentieren, was unsinnig ist. Der Aargau interveniert beim Bund kaum für den ÖV, selbst wenn Schnellzugverbindungen wegfallen. Der Langsamverkehr (Velos/Fussgänger) wird meist erst im Rahmen von Grossprojekten gefördert, statt diesen unabhängig voranzutreiben. In der neuen Grossrats-Legislatur gibt es viel zu tun; mit den neuen Mehrheiten wird es schwierig, Verkehrspolitik mit Lebensqualität und ökologischer Vernunft zu verbinden. Die SP-Fraktion wird dafür kämpfen.

Martin Brügger, Grossrat SP Aargau, Mitglied Kommission Umwelt, Bau, Verkehr und Raumordnung (UBV), Brugg

Findungskommission für das neue Präsidium

Nach Bekanntgabe des Rücktrittes des aktuellen Co-Präsidiums per Parteitag April 2025 hat die Geschäftsleitung der SP Aargau eine Findungskommission eingesetzt, welche sich um die Neubesetzung dieses verantwortungsvollen und wichtigen Amtes kümmert.



Denise Widmer,
Findungskommission,
Untere Entfelden

Elisabeth Burgener, Barbara Loppacher, Rosi Magon und Finn Neiger haben sich nebst der Schreibenden bereit erklärt, den Prozess aufzugleisen und die Kandidaturen zu Händen der Geschäftsleitung zu prüfen. Ein Präsidium muss «wetterfest» sein, ein politisches Gespür haben, das SP-Sekretariat um-

sichtig und vor allem strategisch führen und viel Kompetenz in der Zusammenarbeit mit verschiedensten Menschen aufweisen. Ein Präsidium sollte in der Partei breit abgestützt sein und mit den anderen Parteipräsidien auf Augenhöhe diskutieren und argumentieren können. Medienkompetenz und eine grosse zeitliche Flexibilität runden das Profil ab.

Wer sucht, der findet ...

Wir haben uns als Findungskommission dazu entschieden, alle Bezirke nach Namen und Persönlichkeiten für das Präsidium anzufragen. Das hat zu einigen, positiven Bewegungen geführt.

Zum Zeitpunkt des Erscheinungsdatums des Links läuft der Auswahlprozess. Die Bewerber:innen konnten sich bis zum 12. Januar 2025 bei der Findungskommission melden. Alle Bewerbungen wurden geprüft. In einem Hearing hatten die Bewerber:innen die Möglichkeit, ihre Vorstellungen und Visionen für die SP Aargau zu präsentieren und sich den Fragen der Findungskommission zu stellen.

Die Findungskommission bereitet nun einen Bericht für die Geschäftsleitung vor, welche dann dem Parteitag einen Vorschlag unterbreiten wird. Die Findungskommission ist überzeugt, dass wir nach der Neuwahl wieder eine oder zwei Personen haben werden, welche die SP Aargau umsichtig, zukunftsorientiert und engagiert führen und die vielen Herausforderungen anpacken werden.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, 5000 Aarau
Tel. 062 834 94 74
sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3066 Exemplare

Redaktion: Esther Schmidt, esther.schmidt@sp-aargau.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 7. Januar 2025
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 24. Februar 2025
Erscheinungsdatum nächste Ausgabe: 14. März 2025

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Elisabeth Burgener, Alain Burger, Martin Brügger, Max Chopard,
Carol Demarmels, Meli Del Fabro, Stefan Dietrich, Manuel Fischer,
Annick Grand, Mia Jenni, Leo Keller, Nora Langmoen, Dariyusch
Pour Mohsen, Rolf Schmid, Esther Schmidt, Dimitri Spiess,
Denise Widmer

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG

vom 9. Februar 2025

Umweltverantwortungsinitiative
(Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen»)



AGENDA

21. Januar 2025
Ausserordentlicher Parteitag
der SP Aargau,
Salzhaus, Brugg

9. Februar 2025
Volksabstimmung

18. Februar 2025
Neumitgliederanlass, Aarau